

Manfred Scharrer, Der Aufbau einer Freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90. ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess, De Gruyter Verlag, Berlin/New York 2011, XV + 427 S., geb., 39,95 €.

Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten gehört mittlerweile zu den gut erforschten Gegenständen der Zeitgeschichte. Das gilt nicht nur für die Analyse der internationalen Mächtekonstellation und die Bewertung der Handlungsoptionen der jeweiligen Akteure des internationalen Systems, sondern auch für die innerdeutsche Beziehungsdynamik und ihre Gestaltung durch die Handelnden in Ost- und Westdeutschland.

Die Rolle und Funktion der Gewerkschaften im Einigungsprozess und ihre Reaktion auf den politischen Wandel ist jedoch bis auf wenige Arbeiten unterbelichtet.¹ Nun hat Manfred Scharrer mit einer Distanz von gut 20 Jahren eine Studie zum Aufbau Freier Gewerkschaften in der DDR vorgelegt, die sich dieser Fragen annimmt. Als praxiserfahrener Verbandsfunktionär und streitbarer Gewerkschaftshistoriker analysiert Scharrer aus der normativen Perspektive demokratischer Selbstvergewisserung gewerkschaftliches Handeln: den Zusammenbruch des FDGB, die Rolle der ÖTV im Wiedervereinigungsprozess, die Entstehung unabhängiger Gewerkschaften und den Institutionentransfer von West nach Ost. Ausgangspunkt für seine Studie waren qualitative Interviews, die der Autor bereits unmittelbar nach der Gründung einer vereinten ÖTV mit ostdeutschen Gewerkschaftsfunktionären des FDGB und westdeutschen Funktionären der ÖTV über Ihre Erfahrungen geführt hat. Dementsprechend gliedert sich seine Studie in eine primär deskriptive Analyse und in eine Dokumentation narrativer Interviews.

Im Rahmen seiner historischen Analyse stellt Scharrer den Umbruch in der DDR in den Kontext der „friedlichen Revolution“ in Osteuropa und skizziert Aufgabe und Funktion des FDGB im politischen System der DDR. Scharrer grenzt den FDGB als „Erfüllungsgehilfe“ der SED und politisch-ideologischer „Transmissionsriemen“ des Parteiwillens von der Idee „Freier Gewerkschaften“ ab. Mit dieser kontrastierenden Begriffsverwendung weist Scharrer Freien Gewerkschaften einen dezidiert politischen Auftrag innerhalb moderner Gesellschaften zu, die als tragende Säule des demokratischen Verfassungsstaats und unabhängige Schutz- und Gestaltungsmacht abhängiger Beschäftigter einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen Kultur und sozialen Ausgestaltung moderner Industriegesellschaften leisten.² Er grenzt zudem diese Idee scharf vom kommunistischen Versuch der Inbesitznahme und Umcodierung demokratischer und freigewerkschaftlicher Traditionen durch die sowjetische Besatzungsmacht und das SED-Regime ab. Der sogenannte Freie Deutsche Gewerkschaftsbund war in der Realität eine zentralistische Einheitsorganisation, die als ‚Produktionspropagandist‘ zur Planerfüllung beizutragen und ihren Vertretungs- und Schutzauftrag gegenüber den Beschäftigten zugunsten von sozial- und kulturpolitischen Aufgaben als Sozialversicherungsträger und Feriendienst aufgegeben hatte.

Wie reagierten die FDGB-Gewerkschaften auf die schleichende Aushöhlung und den sukzessiven Zusammenbruch der kommunistischen Parteierrschaft 1989/1990? Scharrer zeigt auf, dass die FDGB-

¹Hans-Hermann Hertle, Nicht-Einmischung: Die DGB/FDGB-Beziehungen von 1972 bis 1989 oder, die Beiträge der Spitzenfunktionärs-Diplomatie zur gewerkschaftlichen Lähmung im demokratischen Umbruch- und deutschen Einigungsprozess, Berlin 1990; Manfred Wilke/Hans Peter Müller, Zwischen Solidarität und Eigennutz. Die Gewerkschaften des DGB im deutschen Vereinigungsprozess, Melle 1992; Renate Hürtgen, „Die Erfahrung laß ick mir nicht nehmen!“. Demokratieversuche der Belegschaften in den DDR-Betrieben zwischen Oktober 1989 und Januar 1990, in: Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau (Hrsg.), Das war doch nicht unsere Alternative. DDR-Oppositionelle zehn Jahre nach der Wende, Münster 1999, S. 200–221.

² In diesem Sinne lässt sich auch die umfassende Studie zum Recht auf Freiheit des Frankfurter Sozialphilosophen Axel Honneth lesen, der darstellt, dass sich soziale Gerechtigkeit direkt aus jenen normativen Ansprüchen speist, die sich innerhalb der westlichen, liberaldemokratischen Gesellschaften herausgebildet haben. Unter „demokratischer Sittlichkeit“ versteht er ein System nicht nur rechtlich verankerter Regeln des Zusammenlebens, sondern eine politische Kultur institutionell eingespielter Handlungsnormen, die moralische Legitimität besitzen. Axel Honneth, Das Recht der Freiheit. Grundriss einer demokratischen Sittlichkeit, Berlin 2011.

Funktionäre versuchten, dem Auflösungsprozess vom Sommer bis zum Frühjahr 1989/90 in unterschiedlichen Etappen entgegenzuwirken. Die erste Kritik am FDGB kam von den einfachen Gewerkschaftsmitgliedern, Vertrauensleuten und Abteilungsgewerkschaftsleitungs-Funktionären des FDGB, auf die die Spitzenfunktionäre durch die Einforderung einer politischen ‚Eigenständigkeit‘ der Gesamtorganisation vom Staatsapparat reagierten. In einem zweiten Schritt kam es zur Neubesetzung zentraler Spitzenämter des FDGB durch Funktionäre der ‚zweiten‘ Reihe. Scharrer macht deutlich, dass diese systemimmanenten Reformen den organisatorischen Zusammenbruch des FDGB genauso wenig aufhalten konnten wie die Auswechslung der Funktionärskader. Gleichwohl reagierten die Einzelgewerkschaften im FDGB unterschiedlich auf den Legitimitätsentzug durch die Arbeiterschaft und den Zusammenbruch der DDR. Scharrer zeichnet diesen Entwicklungsprozess anschaulich anhand der Gewerkschaft der Mitarbeiter, der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft (MSK), der Gewerkschaft Gesundheitswesen, der IG Transport und Nachrichtenwesen (IGTN) und der IG Bergbau-Energie (IGBE) nach.

Abseits der FDGB internen Reformüberlegungen stand die Initiative für Unabhängige Gewerkschaften (IFUG), die als einzige für sich in Anspruch nehmen konnte, eine gewerkschaftliche Organisation außerhalb des FDGB gegründet zu haben. Die IFUG setzte ihre Hoffnung in die Kraft der Selbstorganisation der Arbeitnehmerschaft ‚von unten‘ und bot sich als ‚dritter Weg‘ zwischen kommunistischer Massenorganisation und intermediärer Interessenorganisation in der Marktwirtschaft an. Scharrers Erachtens scheiterte die IFUG an einem mangelnden Interesse der Beschäftigten der DDR an Systemalternativen. Fragen lässt sich jedoch, ob der Autor nicht die freiheitliche Komponente dieser eigenständigen Ausdrucksformen gewerkschaftlicher Selbstorganisation ostdeutscher Arbeitnehmer unterschätzt.

Quer zur Gliederungslogik liegt das fünfte Kapitel. Scharrer referiert in gebotener Kürze die ambivalente Haltung westdeutscher Gewerkschaftsfunktionäre zum politischen System der DDR und ihren Gewerkschaften. Paradigmatisch unterscheidet er zwei innergewerkschaftliche Diskurse zum Umgang mit dem FDGB: „Das gewerkschaftliche Spektrum reichte von Verbrüderung mit FDGB-Funktionären bis zu deren strikter Ablehnung“ (S. 51f.). Eindeutig ist er in seiner Bewertung gewerkschaftlicher Politik, wenn er auf die Sprachlosigkeit des ehemaligen DGB-Vorsitzenden Ernst Breit angesichts geöffneter ungarischer Grenzen verweist oder an die gewissenlose Anbietung des ehemaligen IG-Medien-Vorsitzenden Detlev Hensche an den „realexistierenden Sozialismus“ erinnert und auf den Einfluss der DKP unter den Funktionären einzelner Gewerkschaften verweist. Die große Mehrheit der Gewerkschaftsfunktionäre und -mitglieder interessierte sich jedoch kaum für deutsch-deutsche Gewerkschaftsbeziehungen.

Letztlich ging die gesamtdeutsche Wirklichkeit schnell über die deutschlandpolitische Unentschlossenheit der bundesdeutschen Gewerkschaften hinweg, wie Scharrer anhand der ÖTV nachweist. Gewerkschaftlicher Pragmatismus und solidarische Hilfe wurden zur gewerkschaftlichen Handlungsmaxime. Genau in der pragmatischen Unterstützungsleistung des schnellen Institutionentransfers von West nach Ost liegt der große und kaum zu unterschätzende Beitrag der Gewerkschaftsbewegung zum Aufbau demokratischer Strukturen in Ostdeutschland. Dieser Institutionentransfer war geprägt von einem schnellen Wissenstransfer durch die Entsendung gewerkschaftspolitischer Berater und dem Aufbau von örtlichen Beratungsstellen, ohne dass immer klar war, wer der eigentliche Ansprechpartner und Adressat der eignen Politik vor Ort sein sollte: Funktionäre des FDGB oder die Belegschaften in den Betrieben. Die Ansprache folgte weniger strategischen Zielsetzungen, sondern vielmehr dem Primat des Machbaren anhand der örtlichen Gelegen- und Gegebenheiten.

Der Aufbau freigewerkschaftlicher Strukturen ging jedoch naturgemäß nicht ohne Grenzstreitigkeiten zwischen den DGB-Gewerkschaften einher. Genauso wenig verlief der Abschluss von Kooperationsabkommen zwischen ÖTV und FDGB-Gewerkschaften konfliktfrei, noch war der Weg zur endgültigen Satzungsöffnung zur Gründung einer ÖTV in der DDR frei von Illusionen und Debatten westdeutscher Gewerkschafter über eine Fortexistenz der DDR und des FDGB. Schlussendlich entschied der geschäftsführende Hauptvorstand am 30. Mai 1990: „Um auf dem schnellsten Weg zu einer einheitlichen ÖTV zu kommen, soll zum 1. November 1990 die Satzung der ÖTV der Bundesrepublik geöffnet werden“ (S. 109).

Diese Vereinbarung war jedoch keine Kooperationsvereinbarung, sondern die Verpflichtung zur Selbstaflösung der FDGB-Gewerkschaften. Die FDGB-Funktionäre hatten angesichts der zum 1. Juli 1990 geplanten Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, dem absehbaren Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nach Art. 23 GG und dem Verlust jedweden Rückhalts in der Mitgliedschaft keinerlei Handlungs- und Entscheidungsspielraum mehr, um sich einer solchen Selbstaflösung entgegenzustellen.

Der gewerkschaftliche Solidarverband schlitterte ungeachtet der gesamtdeutschen Perspektive auf Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit in eine Vereinigungskrise. Das wurde allen Beobachtern auf dem außerordentlichen Kongress der ÖTV in der Stuttgarter Messehalle am 14. Februar 1990 deutlich: Zwei fremde Gruppen saßen sich sprachlos gegenüber, nichts als eine gemeinsam geteilte Vergangenheit schien sie zu verbinden. Die ÖTV-Vorsitzende Monika Wulf-Mathis bemerkte in Ihrer Eröffnungsrede mit einem nüchternen Blick für den gesamtdeutschen Alltag, dass die kommenden Herausforderungen nichts Feierliches haben. Aus der Retrospektive lässt sich jedoch fragen, worin das mangelnde Selbstbewusstsein nicht nur der ÖTV bestand, angesichts der knapp 60-jährigen Erfolgsgeschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik nicht entschiedener das Mandat zum Wiederaufbau Freier Gewerkschaften angenommen zu haben. Die Krise des gesamtdeutschen Bewusstseins, die Krise der Einheitsgewerkschaft nach den sozioökonomischen Strukturbrüchen der 1970er und 1980er Jahre und die Krise der Mitgliederentwicklung aufgrund fortschreitender Entsolidarisierungstendenzen mögen Indizien für eine Erklärung anbieten. Die der Darstellung anhängende Dokumentation zeigt in beeindruckender Weise, vor welchen Herausforderungen die Funktionäre in Ost und West standen, jenseits bekannter Strukturmuster Zukunft zu antizipieren und Problemlösungen diesseits bekannter Verfahrenswege auszuprobieren. Gerade diese einzigartige Situation gab den einzelnen Akteuren ein besonderes Gewicht.

Scharrers Studie verspricht aus dieser Perspektive einen wichtigen Erkenntnisgewinn für eine gesamtdeutsche Gewerkschaftsbewegung, die sich erst ansatzweise mit ihrer jüngeren Demokratieggeschichte auseinandergesetzt hat. Kritisch anzumerken bleiben die unklare Fragestellung und die nicht immer schlüssige Gliederungslogik, durch die zentrale Befunde seiner Analyse nur unzureichend aus der Gesamtdarstellung hervortreten. Hier hätte die normative Pointierung stärker zugunsten einer analytische Präzisierung zurücktreten können. Insgesamt hat Scharrer ein wichtiges Buch geschrieben, dem viele Leser zu wünschen sind.

Jens Hildebrandt, Mannheim

Zitierempfehlung:

Jens Hildebrandt: Rezension von: Manfred Scharrer, Der Aufbau einer Freien Gewerkschaft in der DDR 1989/90. ÖTV und FDGB-Gewerkschaften im deutschen Einigungsprozess, de Gruyter Verlag, Berlin/New York 2011, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 54, 2014, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81542>> [10.3.2014].